



Nicaragua Aktuell

Juli 2018

Solidarität und Partnerschaft mit Menschen in Mittelamerika

Rundbrief des Nicaragua-Forum Heidelberg e.V.

Inhalt:

Begrüßung	S. 3
Wieso Nicaragua in Flammen steht	S. 4
Nationaler Dialog und seine Akteure	S. 12
Nicaragua - Gibt es einen Weg zur Lösung des Konfliktes?	S. 14
Fake News? Wem nützen Gewalt und Chaos?	S. 19
Die Kaffeeregion um Jinotega	S. 23
Projekte:	
Frauzentrum in El Viejo	S. 24
Los Pipitos: Elternarbeit unter schwierigen Bedingungen	S. 27
Veranstaltungen:	
Kolumbien - Friedensprozess in Gefahr?	S. 29
Vorausschau Herbst 2018	S.30
Datenschutz beim Nicaraguaforum	S. 31

Nicaragua Aktuell 1/2018

Rundbrief des Nicaragua-Forum Heidelberg e.V.

V.i.S.d.P.: Heinz Reinke, Nicaragua-Forum Heidelberg, Angelweg 3, 69121 Heidelberg

Tel: 06221- 472163, FAX: 06221- 985- 409

info@nicaragua-forum.de / www.nicaragua-forum.de

Beiträge und Fotos in dieser Ausgabe: Martin Eisele (*me*), Sabine Eßmann (*se*), Fátima Ismael (*fi*), Rudi Kurz (*rk*), Günter Lohse (*gl*), Heinz Reinke (*hr*), Jorge Mejia Peralta (*jmp*), Giorgio Trucchi (*gt*)

Titelbild: (*hr*)

Nicaragua Aktuell erscheint zweimal jährlich und wird an Freunde und Unterstützer*innen des Nicaragua-Forum Heidelberg e.V. versandt sowie bei Veranstaltungen verteilt.

Auflage dieser Ausgabe: 900 Stück

Liebe Leser*innen, liebe Unterstützer*innen,

angesichts der sich überschlagenden Entwicklungen in Nicaragua sind wir fassungslos über die ausufernde Gewalt. Die Proteste, zunächst gegen die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge gerichtet, eskalierten innerhalb kürzester Zeit.

Während die Protestierenden die Regierung, die Polizei und regierungsnahen "Einsatzkräfte" für die inzwischen über 300 Toten verantwortlich machen, sehen Frente-Anhänger*innen gewaltbereite Protestierer bzw. Bewaffnete, die sich unter friedliche Demonstranten mischten, als Ursache. Der von der katholischen Kirche vermittelte Dialog zwischen Regierung und verschiedenen oppositionellen Gruppen wird immer wieder unterbrochen, zu unversöhnlich stehen sich die Parteien gegenüber.

Während Teile der Opposition den sofortigen Rücktritt Daniel Ortigas forderten, versuchte die Regierung, durch die Rücknahme der Sozialversicherungsreform und das Versprechen, die von der zentralamerikanischen Menschenrechtsorganisation geforderten Maßnahmen umzusetzen, Zeit zu gewinnen und einen Abbau der Straßenblockaden zu erreichen.

Wir als Nicaragua-Forum, mit Mitgliedern, die seit langen Jahren in der Solidaritätsarbeit tätig sind, wagen kein Urteil, wie sich die Lage entwickeln wird. Auch haben wir durchaus unterschiedliche Positionen. Was uns verbindet, ist die gemeinsame Geschichte und die Arbeit für die Menschen in einem gerechten, friedlichen Nicaragua. Dabei wollen wir bei der dringend notwendigen Analyse und Aufarbeitung der letzten Monate trotz allem keine Schuldzuweisungen vornehmen. Dass es das alte Nicaragua nicht mehr gibt, ist klar. Wie das neue Nicaragua aussehen und wer ihm ein Gesicht geben kann, ist völlig unklar. Wir versuchen die dramatischen letzten Wochen in Nicaragua darzustellen und die Akteure mit ihren Forderungen zu beleuchten.

Und: Was heute stimmig scheint, kann morgen schon durch eine neue Runde der Gewalt überholt sein. Seien Sie also nachsichtig mit unseren Einschätzungen.

Unsere Projektpartner, allesamt nichtstaatlich, versuchen trotz allem ihre Arbeit zu machen und sind bislang zum Glück unversehrt. Sie werden Ihre Unterstützung dringender benötigen denn je. Darauf hoffen wir ebenso wie auf eine friedliche Lösung für Nicaragua!

Herzlichst Ihr Nicaragua-Forum Heidelberg

Wieso Nicaragua in Flammen steht

Eigentlich wollen Mitglieder des Nicaragua-Forums im August die Projekte und Kaffee-Partner besuchen, mit denen wir seit langen Jahren kooperieren und über deren Schwerpunkte und Entwicklung wir hier auch regelmäßig informieren. Die wirtschaftliche und politische Lage mit unterschiedlichsten Ansprechpartnern zu erörtern war für uns Usus und auch Grundlage für unsere öffentlichen Veranstaltungen.

Und dann kam alles anders als gedacht!

Das Ausmaß an Destabilisierung im Land lässt derzeit eine gesicherte Einschätzung der Entwicklung und Perspektive des Landes nicht zu. Ob die Reise und die Besuche wie geplant stattfinden können, ist nicht sicher. Aber wir fühlen uns natürlich in der Pflicht, Ihnen eine Aufarbeitung der aktuellen Lage anzubieten, die über die wenig erhellenden Medienberichte hinausgeht. Dass diese Entwicklung uns schnell überholen kann, ist uns bewusst!

Versuch einer Chronologie

Am 16. April hatte die Regierung Ortega eine Reform der Sozialversicherung angekündigt, die höhere Beiträge für Arbeitnehmer (von 6,25 auf 7%) und Unternehmer (von 19,5 auf 22%) festlegen sollte, um so das schon seit Jahren defizitäre Sozialversicherungssystem zu retten.

Der Unternehmerverband COSEP verließ den Verhandlungstisch und rief umgehend seine Mitglieder sowie Arbeitnehmer, Rentner, aber auch Studierende zu Protesten auf, die am 18. April in Managua begannen und schnell eskalierten. Eine völlig überforderte Polizei ging nach eigenen Berichten mit Gummigeschossen und Tränengas gegen Protestierende vor.

Schon am 19. April kam es nach der Ausweitung der Proteste zu den ersten drei Toten. Laut der oppositionsnahen Zeitung La Prensa kamen ein Student, ein Aktivist der „Juventud sandinista“ und ein Polizist ums Leben. Studierende mehrerer Universitäten begannen mit der Blockierung einer Einfallstraße nach Managua, wurden aber zurückgedrängt.

Soziale Netzwerke spielten eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von Informationen und der Organisation der Proteste. Auf beiden Seiten wurden massiv Fehlinformationen strategisch eingesetzt. Am Wochenende eskalierte die Gewalt, es kam zu Plünderungen von Supermärkten und gezielten Brandanschlägen auf Parteibüros und staatliche Einrichtungen.

Die Regierung erklärte am 23. April, eine Woche nach der Verkündigung, die Rücknahme des Dekretes zur Sozialversicherung und rief zu einem „runden Tisch“ auf, um einen neuen Konsens zu erzielen. COSEP rief zu einem ersten von inzwischen mehreren nationalen Protestmärschen auf, die starken Zulauf aus der Mitte der Gesellschaft bekamen, an deren Rändern es zu schweren Auseinandersetzungen mit zahlreichen Toten kam. Binnen zweier Wochen waren über 50 Tote zu beklagen, friedliche Protestierer, aber auch Polizisten.

Nachdem die Kardinäle der katholischen Kirche zu einem nationalen Dialog (siehe Kasten S. 14/15) aufgerufen hatten und die Regierung einwilligte, fanden am 16. und 18. Mai die ersten beiden Verhandlungsrunden statt. Nach den vehementen Forderungen nach Rücktritt der Regierung durch die Studenten gleich zu Beginn, wurden als Themen strukturelle Reformen im Bereich Justiz und Wahlrecht, sowie die Erörterung von Maßnahmen zur Demokratisierung der Gesellschaft festgelegt. Der Abbau der Straßensperren und die Rückkehr zu friedlichem Protest waren Forderungen der Regierung.

Im Laufe der Woche stieg die Zahl der Toten auf über 80 an. Regierungsgegner errichteten sowohl in Managua wie auch an Ausfall- und wichtigen Verbindungsstraßen immer mehr Straßensperren. Mit der Blockade wichtiger Verkehrsverbindungen wurden auch Versorgungs- und Benzintransporte



Barrikade im Mai 2018

Foto jmp unter CC BY 2.0





Demonstration am Muttertag Foto jmp unter CC BY 2.0



unterbrochen, was zu partiellen Engpässen vor allem an den Tankstellen führte.

Am Mittwoch, dem 25. Mai, kam es zu einer Aussetzung des Dialoges durch die Bischofskonferenz wegen der ungebrochen heftigen Auseinandersetzungen und dem fehlendem Willen der Parteien, aufeinander zuzugehen. In der Zwischenzeit hatte die Menschenrechtskommission (CIDH) der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) zahlreiche Todesfälle untersucht und in einem Abschlussbericht unangemessene Gewalt durch Sicherheitskräfte verurteilt, aber auch von Vandalismus und kriminellen Banden gesprochen, welche die Sicherheit gefährdeten. Den Bericht der OAS hat die Regierung inzwischen als verzerrend und parteiisch zurückgewiesen.

Ende Mai hatte die "Gemischte Kommission für den Dialog" in Nicaragua die Wiederaufnahme des eigentlichen Dialoges befürwortet. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten die Teilnehmer der Kommission die Angriffe auf die Universität und den sandinistischen Radiosender YA und verpflichteten sich zur "sofortigen Einstellung aller Formen von Gewalt". Die Straßensperren sollten nun "flexibilisiert" werden, um sie für die darunter leidenden Menschen und für Warentransporte durchlässiger zu machen.

In Managua ehrten am Muttertag, der in Nicaragua am 30. Mai begangen wird, zigtausende Demonstrant*innen die Mütter der Ermordeten. Demonstrationen fanden ebenfalls in vielen

weiteren Orten statt. Auch die Regierung mobilisierte, konnte aber nur einen wesentlich kleineren Zulauf für ihre Gegenveranstaltung verzeichnen. Es kam auch am Rande dieser Veranstaltung wieder zu einem Zusammenstoß bewaffneter Kräfte beider Seiten mit mehreren Toten.

Medien berichteten weiter von "massiven Zusammenstößen zwischen Demonstranten, Sicherheitskräften und regierungsfreundlichen Milizen" an Straßenblockaden in Masaya, Carazo, La Concha und Matagalpa. Menschenrechtsorganisationen sprachen von "gezielten Tötungen" und dem Einsatz von "Scharfschützen" sowie von Angriffen von Regierungsanhängern auf Protestierende. In Masaya wurden erneut Behördengebäude sowie Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen in Brand gesetzt und Geschäfte geplündert. Die Banken BAC Credomatic und Banco de Finanzas kündigten daraufhin an, ihre Geschäfte in dem Verwaltungsbezirk vorerst einzustellen.

Inzwischen hatte am 5. Juni auch die Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) eine friedliche Lösung der Krise gefordert. Es wurde eine "Erklärung zur Unterstützung des nicaraguanischen Volkes" verabschiedet. Die Versammlung "verurteilt und fordert die sofortige Einstellung von Gewalttaten, Einschüchterungen und Drohungen gegen die Bevölkerung", heißt es darin. Alle politischen und gesellschaftlichen Akteure werden zudem aufgefordert, "von der Zerstörung von Eigentum Abstand zu nehmen". Unter anderem wird eine interdisziplinäre Gruppe von unabhängigen Menschenrechtsexperten gebildet, welche die Gewalttaten in Nicaragua seit dem 18. April untersuchen soll.

Am Wochenende, dem 15./16. Juni, wurde der Dialog erneut aufgenommen. Dabei wurden konkrete Maßnahmen zur Beendigung der Gewalt sowie die Untersuchung aller Gewalttaten unter Beteiligung der Interamerikanischen Menschenrechtsorganisation und Expertengruppen beschlossen. Des Weiteren wurden zwei Arbeitsgruppen eingerichtet. Sie sollten u. a. Fragen zur Durchführung von Wahlprozessen und deren Verfassungskonformität, sowie zur Schaffung einer neuen Wahlkommission und eines neuen Parteiengesetzes diskutieren. Zudem soll es um die von den Bischöfen vorgeschlagene Vorverlegung der Wahlen auf den 31. März 2019 gehen, die bisher von Ortega abgelehnt wurde.

Die Opposition hatte die Einladung der UNO, der interamerikanischen Menschenrechtskommission CIDH und der EU zur Bedingung für die Fortsetzung des Dialogs gemacht. Die

Regierung hatte die Bereitschaft dazu erklärt, die Einladung jedoch mit Verweis auf internationale Gepflogenheiten noch nicht offiziell ausgesprochen. So wurde der Dialog für den 18. Juni abgesagt.

Die Lage nach zwei Monaten des Protests

Die Gesamtsituation für die Bevölkerung ist wirtschaftlich, politisch und menschlich zutiefst belastend und der gesellschaftliche Ausgleich auf lange Sicht extrem beschädigt. Die unterschiedlichen Lager stehen sich unversöhnlich gegenüber. Die gegenseitigen Beschuldigungen werden durch die zahlreichen Toten ständig aufs Neue auf die Spitze getrieben.

In den sozialen Medien wird die Stimmung auf eine Art und Weise und in einer Geschwindigkeit angeheizt, dass die Suche nach Wahrheit nicht gelingen kann. Die Spaltung der Gesellschaft in Gegner und sandinistische Anhänger*innen geht wie beim Contra-Krieg der 80er Jahre bis in die einzelnen Familien hinein und reißt alte Wunden auf.

Ökonomisch geht es für Viele bereits ans Eingemachte: Das stabile Wirtschaftswachstum ist Geschichte. Das Einkommen vieler Familien schrumpft durch die ausgesetzte Produktion, den extrem eingeschränkten Handel und durch Engpässe bei der Versorgung mit Treibstoffen. Das Leben in der Stadt, im Stadtteil ist regional sehr unterschiedlich gefährlich. Bereits am späten Nachmittag gehen die Menschen nicht mehr auf die Straße. In Städten wie Managua, Masaya und Jinotega gibt es oft auch tagsüber schwere Einschränkungen des Verkehrs, nachts verschanzen sich viele Bewohner in ihren Häusern.

Das Leid der betroffenen Familien durch verletzte und getötete, aber auch verhaftete Mitglieder ist enorm und vertieft den Hass auf das andere Lager. Auch überzeugte sandinistische Parteigänger*innen und Unterstützer*innen fürchten um ihr Leben und um das ihrer Familie.

Die Positionen in der Gesellschaft und ihr Widerhall am Tisch des „Nationalen Dialogs“

Am eindeutigsten artikuliert die Gruppe der Studierenden ihre Position mit der Forderung nach Umsturz und der Beseitigung der Regierung Ortega, sowie nach einer komplett neu zu ordnenden, politischen Macht im Land mit allen Konsequenzen. Die parteipolitische Opposition stimmt hierbei zu, wobei im Wesentlichen die Abspaltung der Sandinisten (movimiento renovador sandinista) MRS eine tragende Rolle spielt.



Straßenproteste

Foto jmp unter CC BY 2.0



Auf der Gegenseite versucht die Regierung, einerseits mit der Forderung nach einer friedlichen Lösung, dem Abbau aller Einschränkungen von Verkehr und Versorgung sowie andererseits mit dem Versprechen auf Aufklärung der Verantwortlichkeiten die verlorene Deutungshoheit im Konflikt zurückzugewinnen. Zu Beginn widersprach sie der Forderung nach Neuwahlen mit dem Argument der durch Wahlen erworbenen Legitimität. Mit fortgesetzter Eskalation des Konfliktes lehnt sie diese Forderung nicht mehr kategorisch ab, zieht jedoch noch nicht einen konkreten Fahrplan als Lösung in Erwägung. Interne Diskussionen der FSLN über die Frage der Neuordnung der Partei, bzw. der Ablösung des angeschlagenen Präsidenten Ortega dringen nicht nach außen, was angesichts der Entwicklung in den letzten Jahren auch kein Wunder ist.

Die Kirche hat ihre zu Beginn vermittelnde Position aufgegeben und stellt sich mit ihrer Forderung nach Neuwahlen bis zum 31. März 2019 auf die Seite der Protestierenden und der Opposition. Durch den mehrfachen Abbruch des Nationalen Dialogs versucht sie die Regierung zu einer beschleunigten Positionsänderung zu zwingen und deren „Kräfte“, die sie für einen Großteil der Gewalt verantwortlich macht, zu bändigen. Für den größeren Teil der sehr religiösen Bevölkerung scheint an der Forderung nach Neuwahlen nichts vorbeizuführen.

Der Unternehmerverband COSEP, die ursprünglich treibende Kraft für den Ausbruch der Proteste, hat einen funktionierenden Apparat, Kommunikations- und ökonomische Mittel an der Hand, um ihn zu befördern. Im Zentrum seines Blickfeldes

liegen mit Sicherheit die wirtschaftspolitischen Perspektiven und die dazu geeigneten politischen Strukturen. Jahrelang hatte der Unternehmerverband mit der Regierung in den entscheidenden Fragen ein Übereinkommen erzielt. Der abrupte Wechsel scheint u.a. mit dem von Trump in den USA voran getriebenen „Nica act“ zusammen zu hängen, mit dem die USA Nicaragua auf dem internationalen Finanzmarkt den Zugang zu Krediten verwehren will. Die Frage der Investitionen und des Kapitaltransfers ist damit natürlich direkt verbunden und scheint mit zum Strategiewechsel geführt zu haben.

Gibt es einen Ausweg?

Die jetzige Situation kann das Land auf Dauer nicht verkraften. Der Status quo lässt das Land auf vielfältige Weise ausbluten. Wem nützt diese verheerende Konstellation an widerstrebenden Interessen der Konfliktparteien? Der armen Bevölkerung mit Sicherheit nicht. Den Empfänger*innen der unterschiedlichen staatlichen Leistungen, die schon aufgrund der ausbleibenden Unterstützung durch verbilligtes Rohöl aus Venezuela gefährdet sind, noch weniger. Die Studierenden, viele darunter auch Empfänger*innen der staatlichen Universitätsstipendien, stellen eine der Paradoxien dar. Sie werden mit oder ohne Sturz der Regierung auf Jahre zumindest keine verbesserten Arbeitsmarktchancen in Nicaragua bekommen. Vielleicht kommen wir der Antwort, wie dieser sich explosionsartig ausdehnende Protest entwickeln konnte näher, wenn wir uns die Vorgeschichte der Proteste und die Quellen, aus denen sie sich nähren, genauer anschauen!



Managua. 9. Mai 2018

Foto jmp unter CC BY 2.0



Die Konfliktthemen der letzten Jahre und die Vorwürfe nach den Wahlen 2006 sind vielfältig, die Liste sicher nicht vollständig. In den Medien werden sie permanent wiederholt:

- Verfassungsänderungen, welche die Wiederwahl des Präsidenten ermöglichten,
- Einflussnahme auf das Wahlrecht, um Parteien auszuschließen,
- Verteilung wichtiger Posten in den wesentlichen Bereichen des Staates (Medien, Kanal, ...) an Mitglieder der Familie Ortega,
- Einsetzung von Ortegas Ehefrau als Vizepräsidentin,
- Verschärfung des Abtreibungsrechts, um die Unterstützung der katholischen Kirche zu sichern,
- Bündnis mit den Unternehmern und neoliberale Politik unter dem Deckmantel linker „Sprüche“,
- Ausplünderung des Landes (Minen, Wälder) aus Geschäftemacherei und Günstlingswirtschaft,
- Eigene und familiäre Bereicherung durch Geschäfte und Firmen,
- Betreuung von ALBANISA mit verbilligtem Rohöl aus Venezuela am Parlament vorbei und damit Kauf der armen Bevölkerungsschichten durch Sozial-Programme,
- Planung, bzw. Durchsetzung des interozeanischen Kanals und der dafür nötigen Gesetze gegen den Widerstand der Opposition im Parlament, der Landeigner*innen, der Bauern / Bäuerinnen und der Umweltverbände,
- Ausschluss bzw. Ruhigstellung von internen Kritiker*innen in der FSLN.

Unabhängig davon, ob man diesen Vorwürfen zustimmt oder widerspricht - oder ob man sie gar als Machwerk einer frustrierten Opposition und des US-Imperiums betrachtet, kommt man um einen Eindruck nicht herum:

Bei allen Erfolgen in den Bereichen wirtschaftliches Wachstum, Senkung der Armut, Verbesserung des Gesundheitssystems und Senkung der Analphabet*innenrate ist es nicht gelungen, diese Vorwürfe zu entkräften, Vorgänge transparent zu machen und in einen Diskurs mit dem kritischen Teil der Bevölkerung zu treten. Nicht, dass dieser Diskurs vom Großteil der Opposition und übrigens auch der deutschen „Soli-Bewegung“ aktiv gesucht worden wäre. Doch die Folgen sind heute nicht mehr zu übersehen und wegzuwischen.

Sollte es der Regierung Ortega bzw. der Regierungspartei FSLN nicht gelingen, den Dialog in einen geordneten Prozess,

an dessen Ende Neuwahlen stehen, zu transformieren, wird die Eskalation weitergehen. Wenn sich die FSLN in einem demokratischen Prozess als eine Partei von Frauen und Männern präsentieren kann, die glaubhaft an die Ziele der Revolution anknüpft und die richtigen politischen und wirtschaftlichen Ansätze ihrer Politik der Bevölkerung deutlich machen kann, gibt es vielleicht Hoffnung auf einen eigenen Weg Nicaraguas jenseits der neoliberalen Vorgaben der Unternehmer und der USA. (hr)

Nationaler Dialog und seine Akteure

Nachdem die Situation in Nicaragua mit den gewalttätigen Ereignissen um die private Universität UPOLI ab dem 19. April eskalierte, wurde klar, dass es zu einem Dialog kommen muss. Am 16. Mai fand das erste Treffen am „Mesa de dialogo“ (Tisch des Dialogs) statt. Während die Gewalt auf der Straße weiter wuchs und jeden Tag neue Tote auf beiden Seiten zu beklagen waren, kam es zur ersten Vereinbarung in einer gemischten Kommission am 28. Mai.

Wesentliche Bestandteile waren neben den Aufrufen zur Beendigung der Gewalt die Ermöglichung des freien Verkehrs durch Aufhebung der Straßensperren und Barrikaden durch die Opposition - und auf Seiten der Regierung die Zusage, über die Demokratisierung im Land zu verhandeln. Die zunehmende Gewalt machte diese Vereinbarung in der Folgezeit wieder zunichte. Unter diesen Umständen ist es schon als Erfolg anzusehen, wenn sich die Akteure des Dialoges überhaupt wieder an einen Tisch setzen.

Wer sind jetzt die Akteure am Tisch?

Auf Seiten der Opposition unter dem Namen Zivile Allianz (Alianza Civica) haben wir verschiedene Organisationen:

- Die Unternehmervereinigung COSEP: in ihr sind 27 Unternehmerverbände des produzierenden und handelnden Gewerbes zusammengefasst. Die COSEP selbst und

ihre Mitgliedsorganisationen waren seit 1972 Verhandlungspartner aller Regierungen. Bei den Verhandlungen um die Rentenreform konnten sie ihre neoliberalen Vorstellungen nicht durchsetzen, weshalb sie dann zu Protesten aufriefen;

- AmCam Nicaragua: US-Amerikanisch-nicaraguanische Industrie- und Handelskammer zur Förderung des freien Handels und US-Investitionen in Nicaragua;
- Funides: eine Organisation der großen Banken Nicaraguas und internationaler Konzerne wie Nestlé, die Pellas-Gruppe und alle mittelamerikanischen Banken. Ihr Ziel ist die ideologische Beeinflussung der nicaraguanischen Gesellschaft im Sinne ihrer Mitgliedsorganisationen;
- Faganic: Unternehmerverband der großen Viehzüchter;
- Costa-Caribe (CEDEHCA): Organisation für Menschenrechte und Autonomie der Karibikküste Nicaraguas;
- Consejo Nacional en Defensa de Nuestra Tierra, Lago y Soberanía - Movimiento Campesino: Vereinigung von kleinen Landwirt*innen und Landarbeiter*innen, die als wesentliches Ziel die Verteidigung ihres Besitzes gegen Vertreibung durch den Kanalbau sowie große Rodungen zur industriellen Nutzung des Landes hat;
- UPANIC: Vereinigung der mittelständischen und großen landwirtschaftlichen Erzeuger*innen;
- Sociedad Civil: Repräsentant*innen verschiedener unabhängiger Nicht-Regierungs-Organisationen, z.B. Frauen- und Menschenrechts-Organisationen u.a.;
- Autoconvocados oder Coalición Universitaria y de Sociedad Civil: Selbsternannte Studierendevertreter*innen, ursprünglich aus der Universität UPOLI hervorgegangene Vertreter*innen privater und staatlicher Universitäten.

Auf der anderen Seite sehen wir:

- die Regierung, vertreten von verschiedenen Ministern;
- sandinistische Gewerkschaftsorganisationen wie AN-DEN, CST;
- die Studierendenorganisation der Frente Sandinista (UNEN);
- die Frauenorganisation AMLAE.

Als Mediator fungiert die Bischofskonferenz der katholischen Kirche unter der Leitung von Kardinal Brenes. (*gl*)



Kardinal Brenes, Leiter des Dialogs zwischen Regierung und Zivilgesellschaft
Foto: Comisión de Mediación y Testigos

Nicaragua - Gibt es einen Weg zur Lösung des Konfliktes?

Seit zweieinhalb Monaten kocht der gewalttätige Konflikt zwischen Unternehmern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung Nicaraguas sowie der sandinistischen Basis. Nicht nur Demonstrationen, sondern Barrikaden, Überfälle, Schießereien, Brandstiftungen und Entführungen wurden innerhalb weniger Tage zum Alltag eines vorher sehr friedfertigen Landes. Die Zahl der Toten und Verletzten, das Leid der Familien nimmt auf allen Seiten stetig zu.

Es sind nicht nur die aktiv handelnden Personen im Konflikt, die unter den Auswirkungen der Gewalt leiden. Es sind die ganz normalen Leute in den vielen Städten und Stadtteilen, für die innerhalb weniger Wochen die Angst zum Begleiter im Alltag wurde. An der nächsten Straßensperre kann es schon passieren, dass z.B. eine Aussage fällt wie *dessen Vater arbeitet doch beim Agrarministerium*. In vielen Fällen konnte die oder der Betroffene nur von Glück reden, wenn sie oder er nur ausgeraubt wurde.

Die Spaltung der Gesellschaft war schon immer prägend für Nicaragua, genauso wie die Bereitschaft zur Verbreitung von Gerüchten und ungeprüften Beschuldigungen. Dass sog. „soziale“ Medien zu einem wesentlichen Element für die

Organisation des gewaltsamen Protestes wurden, lässt sich vielleicht vor diesem Hintergrund nachvollziehen. Denn auch hier bewegt sich jede Seite in „ihren Gruppen“. Es ist fast klassisch für eine Gewaltspirale: für die Toten und Verletzten sind immer die Anderen verantwortlich. Falschmeldungen werden bewusst produziert, jedes wirkliche oder vermeintliche Opfer wird ein Teil der Triebkräfte, um die begonnene Eskalation beizubehalten. Es spricht alles dafür, dass es in diesem Konflikt um die Definition zukünftiger Machtstrukturen im Land geht.

Nationaler Dialog - gelingt ein Ausweg?

Der von der kath. Bischofskonferenz initiierte „Nationale Dialog“ versucht mit verschiedenen Unterbrechungen seit Mitte Mai einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden. Der anfängliche Glaube, dass eine so grundlegende Frage des Landes innerhalb von kurzer Zeit einfach verhandelt werden könnte, hat sich inzwischen als relativ naiver Ansatz herauskristallisiert. Und dennoch gibt es erste Fortschritte und an verschiedenen Stellen, die Bereitschaft zu weniger gewaltsamen Umgangsweisen im Konflikt.

Das zeigt sich zum einen in der Zurückhaltung der Polizei, die bei vielen Protestaktionen das „Gewaltmonopol des Staates“ nicht mehr durchsetzte, sondern sich teilweise ganz, häufig auf Objektschutz und Verkehrsordnung zurückgezogen hatte. Zum anderen unterlässt die Regierung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit jede Verschärfung der Argumentation, im Mittelpunkt steht in der Regel die Forderung nach einer friedlichen Lösung für das Land. Die Bereitschaft, ausländische Organisationen wie die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die Europäische Union (EU) und unabhängige Expertengruppen als Beobachterinnen und Garantiemächte für den Dialog einzuladen, ist ein weiterer Schritt in diese Richtung. Außerdem unterstützt die Regierung alle Forderungen nach einer Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und der Bestrafung der Täter.

Es wäre allerdings naiv, davon abzuleiten, dass die sandinistische Regierung aufgrund der Proteste und steigenden Zahlen von Toten und Verletzten einfach den Forderungen der Regierungsgegner*innen zustimmt. Außenminister Moncada hat z.B. deutlich erklärt, dass die Regierung dem Bericht der ersten Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen durch die Interamerikanische Menschenrechtsorganisation IACHR widerspricht, weil sie ihn für subjektiv und voreingenommen hält. Er erklärte weiter, es gebe in dem Bericht verschiedene



*Das FSLN-nahe Radio YA wurde von politischen Gegnern angezündet
Foto: rk*

Aussagen und Beurteilungen, die einfach aus Medien von Regierungsgegnern entnommen worden seien und nicht mit den Realitäten in Übereinstimmung stünden. Für die Klärung von strittigen Fällen hat Nicaragua mit dem Generalsekretariat der OAS und der IACHR (spanisch CIDH) die Einsetzung der Interdisziplinären Gruppe unabhängiger Sachverständiger (GIEI) zur Unterstützung der vom Staat Nicaragua bereits begonnenen strafrechtlichen Ermittlungen unterzeichnet.

Die Bischofskonferenz Nicaraguas hat mit ihrem Verhandlungsvorschlag, am 31.03.2019 in Nicaragua Neuwahlen durchzuführen, wichtige Forderungen der Protestkoalition aufgegriffen. Ob eine verfassungsmäßige Durchführung aller notwendigen Schritte bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt möglich wäre, ist aktuell (Stand 23.06.18) noch ungeklärt. Der Generalsekretär der OAS, Almagro, hatte angesichts der notwendigen Beobachtungen und Entscheidungen im Vorfeld solcher Wahlen einen deutlich späteren Zeitpunkt als realistisch genannt. Bei der Durchführung von sauberen Wahlen geht es laut der OEA nicht nur um den Wahlprozess selbst, sondern um die Anpassung der zu Grunde liegenden Wahlgesetze, eine Neubesetzung des Wahlrates und die Kandidat*innenfindung innerhalb der (aktuell teilweise noch zu gründenden) Parteien etc.

Mit der Aussage: „Die Zukunft Nicaraguas muss vom Volk und nicht von einer politischen Elite entschieden werden“ und

der Bekräftigung „das Land gehört dem Volk, keine Art von Person sollte über seine Zukunft entscheiden, alle Nicaraguaner sind die Besitzer ihres Landes“, hatte sich der Generalsekretär der OAS unter Nicaraguas Regierungsgegnern dabei wenig Freunde gemacht.

Unternehmer, Studenten und Zivilgesellschaft

Der Unternehmerverband COSEP verfügt als wesentlicher Initiator der Proteste unter den Organisationen am Dialogtisch über einen funktionierenden Apparat, Kommunikations- und ökonomische Mittel, um die Proteste zu fördern. Das Interesse der Unternehmer liegt im wesentlichen bei den wirtschaftspolitischen Perspektiven und den dazu geeigneten politischen Strukturen.

Jahrelang hatte der Unternehmerverband mit der sandinistischen Regierung in den entscheidenden Fragen der Lohn- und Sozialpolitik ein Übereinkommen erzielt. Die abrupte Abkehr von der Regierungspolitik ist nur schwer mit der höheren Beteiligung bei den Kosten für die Rentenversicherung für die Arbeiter*innen zu begründen. Es geht wohl auch um die neue Lateinamerikapolitik von US-Präsident Trump und den von US-Rechten vorangetriebenen „NICA Act“. Mit diesem Gesetz wollen die USA Nicaragua auf dem internationalen Finanzmarkt Zugang zu Krediten internationaler Institutionen und Banken verwehren. Wahrscheinlich will die Großmacht im Norden Nicaraguas Kanalpläne und wachsende chinesische Einflüsse in ihrem "Hinterhof" nicht dulden.

Über ihre Strategie und Zielsetzung sind sich die Gegner der sandinistischen Regierung am Dialogtisch nicht alle einig. Einige der Parteien und Organisationen sind offiziell gar nicht am Dialog beteiligt, aber durch Berater und Kooperanten dennoch präsent. Dazu gehört die MRS (Movimiento Renovador Sandinista - MRS), die sich 1994 von der sandinistischen Partei abspaltete und sich seitdem schrittweise nach rechts bewegt hat. Die MRS setzten sich als Ortega-Gegenspielerin bei Abgeordneten in den USA direkt für die Verabschiedung des NICA Act ein.

Zu der „Bürgerallianz für Demokratie und Gerechtigkeit“ gehören beim Dialog die Großunternehmer (COSEP), ein Teil der zivilgesellschaftlichen NGOs, die Anti-Kanal-Bewegung und die „selbsternannten“ Studentenfürer. Ein verfassungsgemäßer Weg aus der Krise wird zumindest vom größeren Teil dieses Blocks befürwortet, der bei den kommenden Wahlen

eine Alternative werden möchte. Allerdings geraten die Stellungnahmen der Studierenden mit ihren stetigen Rücktrittsforderungen an Ortega immer wieder neben die inhaltlichen Vorgaben.

Die Idee eines sofortigen Rücktritts der Regierung und der Schaffung einer regierenden Junta treibt einen zweiten Teil der sozialen Bewegungen, Bauern- und Frauenorganisationen, MRS (Renovador Sandinista) und MRS (Baltodano + Co) an. Sie wollen den Druck auf die Regierung durch Straßenblockaden, Schädigung der Wirtschaft usw. möglichst stark erhöhen, um einen schnellen Rücktritt Ortegas zu erzwingen.

Der dritte Teil der gesellschaftlichen Organisationen sind die politischen Parteien, die zwar weiterhin in staatlichen Institutionen (Parlament) eingebunden sind, aber mit dem nationalen Dialog nichts zu tun haben. Aktuell scheinen sie die größten Verliererinnen des Prozesses zu sein, weil ihnen die Profilierungsmöglichkeiten fehlen.

Die Möglichkeiten der Regierung

Auch wenn der Verband der Großunternehmer (COSEP) beim Dialog am Verhandlungstisch sitzt, wurden die meisten Arbeitsplätze in Nicaragua von kleinen Betrieben geschaffen. Dieser Bereich der Wirtschaft ist viel stärker von den Folgeschäden der Konflikte im Land betroffen. Vor allem im Tourismus, Kleinhandel und Dienstleistungsbereich werden viel weniger Arbeitskräfte benötigt. Für viele Familien fehlt deshalb ein Teil des Einkommens, das bisher den Lebensunterhalt sicherte.

Dazu kommt, dass relativ viele Menschen im Land bisher in ihrem Alltag von den kleinen Sozial- / Transferleistungen des Staates profitierten, von Stipendien, kleinen Beschäftigungen, Gehaltszahlungen an besonderen Feiertagen und ähnlichem. Damit diese armen Schichten der Bevölkerung von den entstehenden wirtschaftlichen Problemen nicht übermäßig getroffen werden, hat die Regierung eine verzögerte Auszahlung von Zahlungseingängen aus dem Ausland bei der Zentralbank beschlossen. Dadurch soll der sonst notwendige Rückgriff auf Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) verhindert werden. Die Konzentration auf soziale Aspekte des Ausgleichs war immer eine Stärke der Sandinisten in Nicaragua. Dies wird allerdings nicht ausreichen, die Probleme der politischen Legitimation zu lösen.

Ansatz der Demokratisierung?

Die Bischofskonferenz in Nicaragua hatte sich gewünscht, dass der Dialog über die Entwicklungen im Land innerhalb eines Monats abgeschlossen werden kann. Dies ist nicht gelungen. Ganz schnell erklangen deshalb Stimmen, die von einem gescheiterten Dialogprozess berichteten. Auch das ist falsch. Wie alleine schon die innerhalb kurzer Zeit erhobenen Informationen der Interamerikanischen Menschenrechtsorganisation zu der anfänglichen Gewalteskalation in Nicaragua zeigen, ist die Wirklichkeit viel komplexer, als sich das in einem vielseitigen Bericht darstellen lässt. Die Suche nach Auswegen aus der Krise ist vermutlich langwierig und geht nur ohne vereinfachte Schuldzuweisungen.

Egal, wer im Rahmen des Dialogs was erreichen will, die oben schon zitierte Aussage von Almagro „Die Zukunft Nicaraguas muss vom Volk und nicht von einer politischen Elite entschieden werden“ macht die Suche nach Lösungen wichtig. Und diese Suche wird auch die beteiligten Organisationen verändern, zumindest dann, wenn sich dabei nicht nur zwei Caudillos zum Deal gegenüber sitzen. Nur sollten wir bei diesem Prozess keine superschnellen Ergebnisse erwarten. (rk)



Straßensperre von Protestierenden Foto: Presse Nicaragua

Fake-News? Wem nützen Gewalt und Chaos?

Nicaraguas Regierung wird nicht müde, zu Frieden und Gewaltfreiheit aufzurufen und beteuert regelmäßig, dass die Gewalt bei Demonstrationen nicht auf die Polizei zurückgehe. Gleichzeitig unterstellen einige Anhänger der Sandinisten den

gewaltsam Protestierenden einen Putschversuch und stellen Bilder von bewaffneten Vermummten ins Netz, die sie als kriminelle Banden bezeichnen. Die beiden großen Tageszeitungen, beide der Opposition nahestehend, sehen die Verantwortlichen für die Gewalt auf Seiten der Regierung, bei Polizei, parapolizeilichen Kräften und sandinistischen Schlägertrupps.

Die völlig konträre „Bericht“erstattung hat die Bevölkerung des Landes zusätzlich gespalten. Ihre Unübersichtlichkeit macht es schwierig, die Verantwortlichkeiten einzuordnen.

Angesichts des Chaos stellt der in Nicaragua lebende italienische Journalist Giorgio Trucchi, der vor einigen Jahren zu einer Veranstaltung hier in Heidelberg war, die Frage, wem die Eskalation der Gewalt nützt.

Weder die Regierung noch die bürgerliche Opposition noch diejenigen, die durch friedliche Proteste einen Regierungswechsel herbeiführen wollen, können eigentlich daran ein Interesse haben.

Trucchi kommt zu dem Schluss, dass die Leute, die aus eigener Überzeugung und friedlich für mehr Demokratie auf die Straße gehen, zum Kanonenfutter gemacht werden, zum „Kollateralschaden“, um das finale Ziel zu erreichen: die Regierung zu stürzen, koste es, was es wolle.

Um einen Eindruck der widersprüchlichen Berichterstattung zu vermitteln, hier der gekürzte Artikel von Giorgio Trucchi zu den Ereignissen am 30. Mai, dem Muttertag in Nicaragua. An diesem Tag eskalierte die Gewalt einmal mehr...

(Nicaragua: Wenn die Lügen gewinnen und zur „anerkannten“ Realität werden: Chronik eines Online-Massakers, von Giorgio Trucchi, LINyM)

»Die "blau-weiße" Mobilisierung an diesem 30. Mai für die Mütter (eines Teils) der Opfer der Auseinandersetzungen, die in den letzten sechs Wochen Nicaragua in Trauer versetzt haben, war riesig. Es ist fast unmöglich, die Menge der Menschen zu schätzen, die sich entschieden, auf die Straße zu gehen und friedlich in Managua auf der zentralen Straße nach Masaya zu demonstrieren. Parallel dazu hatte die Regierungspartei ihre Anhänger*innen aufgerufen, auf der Avenida Chavez mit Gesängen den Muttertag zu feiern. Auch hier kam eine riesige Menschenmenge zusammen, die sang und Sprechchöre rief. Nicht alle konnten kommen. Die Buskolonne, die aus dem Norden des Landes Richtung Managua kam, wurde



Aufgrund der Straßensperren in Nicaragua ist der wichtigste Busbahnhof Mittelamerikas, Mercado Mayoreo, leergefegt Foto: rk

von Unbekannten mit Schusswaffen angegriffen. Hierbei gab es einen Toten und mindestens 22 Verletzte.

Als die "blau-weiße" Demonstration ohne größere Probleme ihren geplanten Endpunkt, die UCA (Universidad Centroamericana) erreichte, beendete in weniger als einem Kilometer Entfernung dazu Präsident Daniel Ortega seine Rede, in der er immer wieder zum Frieden aufrief. Während sich Gruppen „friedlicher“ Demonstranten dem neuen Baseball-Stadion näherten, trafen sie auf Aktivisten der Frente Sandinista, die von der Regierungskundgebung kamen. Plötzlich griffen die „friedlichen“ Demonstranten (es gibt klare Bilder davon, wie sie Waffen luden und schossen) das Baseball-Stadion und die Polizisten an, die es bewachten. Bei dem Schusswechsel gab es die ersten Toten auf beiden Seiten. Die Zusammenstöße dauerten einige lange Minuten, bis die gewaltbereite Gruppe der Regierungsgegner sich zur UCA zurückzog, wo weiterhin tausende Menschen waren und wo es ruhig blieb.

Dann bricht Panik aus. Tausende Menschen rennen ziellos umher, viele von ihnen flüchten in die UCA. Es gibt Tote und Verletzte. Die „friedlichen“ Demonstranten greifen erneut die Station des regierungstreuen Radio YA an und verbrennen, plündern und zerstören, was noch davon übrig ist. Dann gehen sie weiter zur Nationalen Bauernkasse (Caja Rural Nacional, Caruna), einer Kooperative, die jahrelang die ALBA-Gelder für soziale Projekte verwaltete, die tausenden Familien zugute gekommen waren. Sie zerstören die Einrichtung und verbrennen alles, sogar geparkte Autos. Anschließend greifen sie das Familienwirtschaftsministerium an. In Masaya werden gleichzeitig die Büros der Rentenkasse, Geschäfte und Betriebe zerstört. In Estelí versuchen sie, Büros des Rathauses und der

Rentenversicherung zu zerstören, aber sie werden von Bürgern vertrieben. Es gibt Tote und Verletzte.

Aber das interessiert niemanden. Nationale und internationale Medien, Menschenrechtsorganisationen, Universitätsrektoren und sogar Bischöfe, die in der Vermittlungskommission für den nationalen Dialog sind, geben automatisch (und ohne den geringsten Beweis) das wieder, was sie von #SOS Nicaragua oder #NicaraguaSOS auf ihr Handy oder ihren Computer bekommen: es sei ein Massaker der Regierung.

Niemand erwähnt, dass es Tote auf beiden Seiten gibt, dass es tote Polizisten gibt, dass es Tote in der Buskolonne gibt, die in Estelí angegriffen wurde. Niemand fragt sich, was bewaffnete Demonstranten in der Nähe des Stadions machten, nur zwei Häuserblocks von der Demonstrationsroute der Anhänger*innen der Sandinisten entfernt. Niemand spricht darüber, was in Masaya und Estelí geschah. Die Gleichgültigkeit verschluckt alles. Die internationalen Zeitungen wiederholen heute unisono alle dasselbe: es sei ein Massaker der Regierung.

Die spanische Tageszeitung El País, deren Berichterstatter für Confidencial, das wichtigste Internetportal der Opposition, arbeitet, beschreibt den 30. Mai folgendermaßen:

„Präsident Daniel Ortega zeigte sein brutalstes Gesicht am Mittwochabend in Nicaragua, als er befahl, eine riesige Demonstration, die von den Müttern der Repression im April angeführt wurde, anzugreifen. Zahlreiche Zeugen sagten aus,



Einer der von Rosario Murillo aufgestellten Blechbäume brennt

Foto jmp unter CC BY 2.0



dass Anhänger der Frente Sandinista, parapolizeiliche Gruppen und offizielle Einsatzkräfte auf Demonstranten schossen, die unbewaffnet auf der Straße nach Masaya marschierten. Es gab dutzende Verletzte und mindestens sechs Tote, darunter ein 15-jähriger Jugendlicher.“

Die Wahrheit hat keine Bedeutung mehr. Die wirkliche Realität wird zur virtuellen und umgekehrt.«

<https://nicaraguaymasespanol.blogspot.com/2018/05/nicara->

Die Kaffeeregion um Jinotega

Die Kaffeeanbauregion um Jinotega ist eine der Gegenden, in denen die schlimmsten Auseinandersetzungen stattfinden.

Fátima Ismael, die Vorsitzende des Genossenschaftsdachverbandes Soppexcca, beschreibt die Auswirkungen, die dies auf den Alltag der Menschen in ihrer Region hat:

"In der Tat ist unsere Situation sehr schmerzhaft und problematisch und wir sind fast gelähmt. Wir arbeiten nur zwei oder drei Stunden am Tag und auch das ist sehr riskant. Aufgrund der Situation haben wir das Soppexcca-Büro offiziell geschlossen, es arbeiten zur Zeit nur einige Leute für ein paar Stunden, wenn es ruhig ist, um die allernotwendigsten Arbeiten zu erledigen.

Das Leben hat sich hier um 180 Grad gedreht. In den ländlichen Gemeinden fehlt es an Geld und an Lebensmitteln, es gibt Probleme mit der Kriminalität, was für uns alle eine völlig unnormale Situation ist. Noch nicht mal in der Zeit des Krieges haben wir so etwas erlebt. Es herrscht Anarchie, es gibt keine Verständigung und wir wissen auch nicht, welchen Weg unser Land einschlagen wird, wir sind völlig verloren.

Wir wollten euch eigentlich nicht schreiben, weil es traurig ist, Probleme und Ängste mitzuteilen. Das einzig Positive ist, dass wir in unserer Organisation bisher keine Toten zu beklagen haben und auch unsere Infrastruktur nicht beschädigt wurde. Wir sind vorsichtig und vermeiden jedes Risiko für das Personal und unsere Mitglieder.

Wenn Mitglieder des Nicaraguaforums uns im Juli besuchen wollen, freuen wir uns und planen gerne mit euch euren Besuch, der für uns in unserer Situation wie ein segenspendender Regen sein wird.

Wir umarmen euch alle und vertrauen darauf, dass unser Land zu Gerechtigkeit, Frieden und der Verständigung zwischen uns zurückfindet." (*fi, übs: se*)



*Anfangs
friedliche
Proteste in
Jinotega es-
kalierten im
Lauf der Zeit*

*Foto: Städte-
partnerschaft
Solingen –
Jinotega*

Frauzentrum in El Viejo

"Hier in El Viejo ist es weitgehend ruhig und die Frauen kommen zu uns wie immer" antwortete mir Erika Solis, die Leiterin des Frauencentrums, bei meinen besorgten Anrufen mehrmals.

Zur aktuellen Situation und zu ihrer Arbeit schreiben sie und Rechtsanwältin Kenia Ubilla:

"Trotz der unklaren und unsicheren Situation, in der Nicaragua seit April lebt, wurde unsere Arbeit im Frauencentrum nicht beeinträchtigt. Die Nachfrage nach den Dienstleistungen, die wir anbieten, besteht weiterhin, obwohl wir natürlich beobachten, dass sehr große Angst und Unsicherheit seitens der Bevölkerung herrscht, weil man nicht weiß, wie es mit unserem

Land weitergehen wird. Die Auseinandersetzungen im Land haben an Heftigkeit zugenommen, die Zahl der Toten steigt, ohne dass es irgendeine Antwort auf diese Krise gibt.

In El Viejo ist die Situation weniger angespannt als in anderen Städten. Außer am Tag des landesweiten Streiks wurde überall normal gearbeitet, auch in der Freihandelszone. Die Busse fahren ebenfalls. Auch hier gab es jedoch Demonstrationen und Protestmärsche mit zahlreichen Teilnehmer*innen, es kam auch zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Regierungsanhängern, bei denen Jugendliche verletzt wurden, so dass die Bevölkerung in Panik geriet.

Insgesamt hat die Unsicherheit auf den Straßen zugenommen, was die Menschen sehr beunruhigt.

Inzwischen werden einige Konsumgüter knapp und die Bevölkerung hat begonnen, Vorräte anzulegen, denn viele fürchten eine weitere Verknappung und vor allem starke Preiserhöhungen bei Benzin, Strom und Lebensmitteln.

Schon jetzt sind viele Produkte des täglichen Bedarfs teurer geworden. Dies trifft natürlich die ärmsten Bevölkerungsschichten am härtesten. Mehr als zuvor sind alleinerziehende Frauen auf die Unterhaltszahlungen der Väter angewiesen. So hat die Zahl der Frauen, die die Rechtsberatung aufgesucht haben, um nicht erfolgte Zahlungen unterhaltspflichtiger Väter einzuklagen, zugenommen."

Angesichts der derzeitigen Lage ist das Thema Frauenrechte in den Hintergrund getreten. Zwar gab es kürzlich eine Gesetzesänderung, die die Rechte unverheirateter Paare stärkt und eine Vereinfachung bei Ehescheidungen vorsieht, doch die geplanten Änderungen bei der Regelung der Unterhaltszahlungen stehen noch aus. Derzeit bestimmen natürlich andere Themen die öffentliche Diskussion, was die betroffenen Frauen noch verletzlicher macht.

Umso wichtiger ist es, die Angebote im Frauenzentrum aufrecht zu erhalten. Im ersten Halbjahr 2018 kamen 79 neue Fälle zur Psychologin, einige werden natürlich über mehrere Jahre hinweg betreut. 14 Frauen und Mädchen kamen wegen häuslicher Gewalt, drei wegen sexueller Belästigung. Bei einigen Patientinnen kooperiert Psychologin Yessenia Palavicini mit dem Familienministerium.

Eine Frau kam zunächst wegen Depressionen und Alkoholproblemen. Ihre Kinder drohten zu verwahrlosen, weil sie es nicht mehr schaffte, sich ausreichend um sie zu kümmern. Doch



Die Mitarbeiterinnen in ruhigeren Zeiten

Foto: hr

dann stellte sich heraus, dass ihre akuten Probleme damit zusammen hingen, dass sie als Kind sexuell missbraucht worden war. Sie hat zwei Kinder von zwei verschiedenen Männern, die sie jeweils kurz nach der Geburt der Kinder verließen. Ihre zunehmenden Schwierigkeiten versuchte sie mit Alkohol zu verdrängen. Seit sie bei der Psychologin in Behandlung ist, hat sie gelernt, sich Ziele zu setzen, sich wieder um ihre Kinder zu kümmern und ihren Alkoholkonsum zu kontrollieren.

Die Vorschule konnte regelmäßig stattfinden und die derzeit 26 Kinder nahmen auch regelmäßig teil. Vorschullehrerin Sammaria Mendoza, die seit dem letzten Jahr im Frauenzentrum arbeitet, legt Wert darauf, dass die Kinder spielerisch lernen und zunehmend selbständiger werden. Gemeinsam mit der Psychologin gestaltet sie auch Elternabende zu Themen der Kindesentwicklung und Erziehungsberatung.

Das Angebot des Frauenzentrums richtet sich an Frauen aus den ärmeren Bevölkerungsschichten. Neben kostenloser Rechtsberatung, gynäkologischen Untersuchungen und psychologischer Betreuung umfasst es Informationsangebote sowie auch Näh- und Backkurse.

Die Gehälter von Gynäkologin, Psychologin, Rechtsanwältin sowie Vorschullehrerin werden vom Nicaragua-Forum Heidelberg finanziert. Das Gehalt der Leiterin wird vom Städtepartnerschaftsverein Mannheim-El Viejo übernommen.

Um diese Arbeit weiterhin unterstützen zu können, bitten wir um **Spenden unter dem Stichwort „Frauenzentrum“**.

Los Pipitos: Elternarbeit unter schwierigen Bedingungen

Folgender Brief hat uns Ende Juni aus Somoto vom Vorstand der Elternorganisation für behinderte Kinder in Somoto erreicht. Er zeigt, dass die Arbeit dieser unabhängigen, parteipolitisch neutralen Organisation auch in einer weit abgelegenen Region deutliche Einschränkungen erfährt.

Ein Mitarbeiter fürchtet aufgrund seiner Parteizugehörigkeit, die er rein privat ausübt, auch um das Leben seiner Familie. Wir versuchen in permanentem Kontakt zu bleiben, um den Mitarbeiter*innen, den Eltern sowie ihren Kindern unsere Unterstützung zu versichern. *(hr)*

"Somoto, 21 de Junio 2018.

Liebe Mitglieder des Nicaragua-Forums Heidelberg,
seid aus diesem so weit entfernten Land ganz herzlich und respektvoll begrüßt!

Wir schreiben, um Euch die Bedingungen für unsere Arbeit in der derzeitigen außerordentlichen Situation, in der sich unser Land befindet, darzulegen.

Angesichts dessen, dass es keine Sicherheit bei den Hausbesuchen in den fünf Gemeinden, die wir im Umkreis von 30 km um Somoto betreuen, gibt, haben wir diese auf den Vormittag und die nahen Ortschaften beschränkt. Die Promotoren sollen auch niemals alleine unterwegs sein, sondern immer zu zweit oder zu dritt!

Was unsere Angebote in Somoto, wie die Physiotherapie, die Betreuung der Schulkinder, den Gebärdenkurs und die Workshops für Jugendliche angeht, verzeichnen wir eine geringe Beteiligung, weil die Eltern Angst haben, dass den Kindern etwas auf dem Weg zustößt.

Wenn die Physiotherapeutin und der Arzt zu Hausbesuchen aufbrechen, so planen wir das immer tags zuvor, besprechen es mit unseren Elternräten vor Ort, um zu hören, ob es möglich ist und um zu vermeiden, dass wir bewaffneten Gruppierungen begegnen.

Unsere Lehrerin besucht die nahgelegenen Schulen, wo Unterricht stattfindet, und die Eltern in unserer Nähe, um sie weiter zu motivieren, ihre Kinder in die Schule zu schicken.

In Somoto selbst sind des Nachts des Öfteren Schüsse zu hören, es kam auch zu einem Brand in einem Geschäft mit Plastikartikeln und es wurde versucht, weitere Häuser anzuzünden.

In den südlichen Regionen (Masaya, los pueblos blancos), der zentralen Zone (Juigalpa, Chontales, Bilwi, Wiwili, Jinotega, León, La Trinidad, Sebaco) und vor allem in Managua hat es Straßenblockaden und gewalttätige Auseinandersetzungen gegeben.

Wir hoffen, dass Euch unser Kurzbericht einen kleinen Einblick in die derzeitige, schwierige Situation gibt und bedanken uns für Eure konstante Unterstützung, die wir auch in diesen schweren Zeiten erhalten.

Wir verabschieden uns herzlich, seid brüderlich begrüßt.
Der Vorstand der Elternschaft Los Pipitos Somoto"

Spenden bitte unter dem Stichwort „Los Pipitos“



Die Gemeinden um Somoto im Bergland sind wegen der Sicherheitslage derzeit schwer zu erreichen

Foto: hr

Veranstaltungen des Nicaragua-Forums Heidelberg

Kolumbien - Friedensprozess in Gefahr?

Unter diesem Titel veranstalteten das Nicaragua-Forum HD und der Heidelberger Friedensratschlag am 9.3.2018 im Welt-Haus HD eine Veranstaltung mit dem freien Journalisten und Lateinamerika-Experten Knut Henkel aus Hamburg.

Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen kolumbianischer Regierung und Vertretern der FARC-Guerilla wurde 2016 in Havanna ein Friedensabkommen unterzeichnet. Bis August letzten Jahres wurden 7000 Truppen der FARC demobilisiert. Jetzt befindet sich Kolumbien nach über einem halben Jahrhundert des Bürgerkrieges (mit über 200 000 Toten und ca. 7 Mio. Vertriebenen) in einer Übergangsphase. Der Umwandlungsprozess muß sich v.a. in den Bereichen Wirtschaft, institutionelle Strukturen, Kampf gegen Drogen und Sicherheit in den ländlichen Gebieten niederschlagen.

Trotz des Friedensprozesses gibt es aber eine alarmierende Anzahl von Morden an Führungspersonlichkeiten von sozialen Bewegungen im ganzen Land und die verabredete JEP (Sondergerichtsbarkeit zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen) ist bisher nicht richtig in Gang gekommen. Die kolumbianische Gesellschaft ist hinsichtlich des Friedensabkommens sehr polarisiert und die juristische Aufarbeitung macht vielen große Angst. Ist das Land bereit, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen? Knut Henkel berichtete anhand einer Bildpräsentation von seinen Eindrücken, die er auf mehreren Reisen insbesondere in die indigene Krisenregion Cauca gesammelt hat.

Nachtrag:

Im März 2018 wurde ein neues Parlament gewählt und die FARC nahm daran als politische Partei teil (Fuerza Alternativa Revolucionaria del Comun), wurde jedoch von den Wähler*innen mit 0,5% der Stimmen abgestraft. Laut Friedensvertrag kann die Partei dennoch in dieser Legislaturperiode je fünf Sitze im Senat und Repräsentantenhaus besetzen.

Im Mai folgte die Präsidentenwahl ohne definitive Entscheidung im ersten Wahlgang, in der Stichwahl am 17. Juni entschied sich Kolumbien für Ivan Duque vom rechten Centro Democrático mit 54% gegen den Mitte-Links-Kandidaten Gustavo Petro von Colombia Humana mit 42% der Stimmen.

Petro, der vor allem eine konsequente Umsetzung der Friedensverträge mit der FARC versprochen hatte, konnte zwar in der Stichwahl zulegen, aber keine Trendwende einleiten.

Mit Duque kommt der jüngste Präsident (42 Jahre) in der kolumbianischen Geschichte an die Macht, er ist politisch wenig erfahren und gilt als treuer Erfüllungsgehilfe von Ex-Präsident Uribe, dem enge Beziehungen zu Paramilitärs und

Militär nachgesagt werden. Wahlentscheidend dürfte eine sehr wirksame Propaganda gewesen sein, die Petro als gefährlichen Ex-Guerillero verteufelte und viele Kolumbianer*innen verschreckte. Duque versprach am Wahlabend, der Präsident aller Kolumbianer zu sein, und den Friedensvertrag nicht, wie angekündigt, „in Stücke zu zerreißen“, sondern sich für die Integration der ehemaligen Guerrilleros in die Gesellschaft einzusetzen. Ob Versöhnungspolitiker oder doch Werkzeug eines rachsüchtigen Uribe, das ist nicht nur die große Frage vieler Beobachter*innen und Kommentatoren*innen in dem wunderschönen Land, sondern entscheidend für Leben und Tod vieler Kolumbianer*innen. (me)



Foto: me

Vorausschau Herbst 2018

Do. 4.10. Nicaragua: Was bleibt von der Revolution?

Nicaragua galt lange Zeit als friedliches und vergleichsweise sicheres Land in Mittelamerika. Die Armutsraten gingen zurück, die wirtschaftliche Entwicklung schien sich zu stabilisieren. Im April kam es dann zu heftigen Auseinandersetzungen mit vielen Toten und Verletzten.

Vom ursprünglichen Anlass, der Erhöhung der Sozialversicherungsabgaben, sprach bald niemand mehr. Der Protest mit der Forderung nach Sturz der sandinistischen Regierung Ortega bestimmte die Forderungen der Opposition. Über 300 Tote und 3.000 Verletzte sind bis Ende Juni zu beklagen. Die Versorgung der Bevölkerung und das alltägliche Leben sind stark eingeschränkt. Die schwierige Sicherheitslage dominiert den Alltag.

Über Hintergründe und Folgen der dramatischen Ereignisse berichten Mitglieder des Nicaragua-Forums, die im Mai und August 2018 einen Besuch der Partnerprojekte in den verschiedenen Regionen Nicaraguas absolvierten bzw. planen.

Ende Oktober 2018: Besuch aus El Viejo

Ein Besuch der Bürgermeisterin von El Viejo, Maria del Transito Guevara, ist für den Oktober geplant. In Veranstaltungen in Heidelberg und Mannheim wird sie über die aktuelle Situation und mögliche Kooperationsprojekte berichten.



Eine neue Generation wächst heran

Foto: hr

Datenschutz beim Nicaragua-Forum

Liebe Unterstützer*innen und Spender*innen,

die Anforderungen der seit dem 25.05.2018 gültigen EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) betreffen selbstverständlich auch das Nicaragua-Forum. Unseren Rundbrief „Nicaragua Aktuell“ versenden wir z.B. an aktuelle sowie ehemalige Unterstützer*innen und Spender*innen. Dafür haben wir Adressdaten gespeichert. Nähere Informationen zum Datenschutz beim Nicaragua-Forum finden sie unter

www.nicaragua-forum.de/datenschutz.html

Falls Sie keine Zusendung unseres Rundbriefs mehr erhalten möchten, informieren Sie uns bitte per Post oder Mail an info@nicaragua-forum.de.

Aktuelle Projektförderung

Folgende Projekte werden derzeit vom Nicaragua-Forum Heidelberg unterstützt:

Los Pipitos – Selbsthilfeorganisation von Eltern behinderter Kinder in Somoto – Laufende Arbeit im Zentrum für Therapie und Beratung, Bildungsangebote, Begleitung schulischer Inklusion, Öffentlichkeitsarbeit – Spenden unter dem Stichwort "Los Pipitos"

Fundación Marijn in Bilwi – Gemeinsam lernen für ein besseres Leben – Spenden unter dem Stichwort "Bilwi"

Frauzentrum in El Viejo – Informationsarbeit zu Frauenrechten, Rechtshilfe, psychologische und gynäkologische Beratung für Frauen, Kursangebote und Unterhalt des Hauses – Spenden unter dem Stichwort "Frauzentrum"

Zuckerrohrarbeiter und ihre Familien im Nordwesten Nicaraguas – Aufklärung und Kurse für erkrankte Arbeiter und ihre Familien – Spenden unter dem Stichwort "Zuckerrohr"

Casa Comunal Los Gorrioncitos in Granada – Arbeitsgemeinschaften, Freizeitangebote, Essensausgabe für Kinder und Jugendliche im Armenviertel Rosario – Spenden unter dem Stichwort "Casa Comunal"

La Esperanza Granada – Zusätzliche Bildungsangebote und Förderung für Kinder und Jugendliche durch die Freiwilligenorganisation – Spenden unter dem Stichwort "Esperanza"

Spendenkonto:

Nicaragua-Forum Heidelberg

Sparkasse Heidelberg

IBAN: DE02 6725 0020 0001 5177 32

BIC: SOLADES1HDB

Für Spendenbescheinigungen bitte Anschrift (unter Verwendungszweck) angeben!

Nicaragua-Forum Heidelberg
Angelweg 3 : 69121 Heidelberg
Tel.: +49 (0)6221 472163
www.nicaragua-forum.de



Kaffeehandel im Interesse von Kleinbauern in
Mittelamerika:
www.partnerschaftskaffee.de

